

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 214

Hauptredakteur: Dr. Coerth, Leipzig

Montag, den 10. Mai

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Nationalistische dänische Regierungspolitik

Kein Schutz der Minderheiten in Schleswig
Schwache Haltung der neuen dänischen Regierung.

Frankfurt, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Berlin meldet man der "Frankfurter Zeitung": Die deutsche Reichsregierung hatte der dänischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, einen Gegenstabilitätsvertrag über den Schutz der Minderheiten in Schleswig abzuschließen. Der Vorschlag ist von der neuen dänischen Regierung "schoß abgelehnt" worden. Damit kommt zum Ausdruck, daß die jetzt in der dänischen Regierung vorherrschende Stimmung zu einem friedlichen Ausgleich, der von Deutschland angestrebt wird, nicht geeignet ist.

Kopenhagen, 10. Mai. (Drahtbericht.) Der dänische Staatsminister Røergaard hatte mit einem Vertreter der Stockholmer Zeitung, Dagens "Aftonblad", eine Unterredung, in der er erklärt, die für die Dänen unter so starkem Wahldruck (?) und unverständlichen Wahlbestimmungen abgehaltene Volksabstimmung in Schleswig könne nicht als endgültig gelten.

Göteborg, 10. Mai. (Drahtbericht.) Das neue dänische Ministerium erklärt, daß es die Bemühungen zur Internationalisierung der zweiten Zone nach Kiel nicht unterstützen werde. Dies war notwendig zu sagen, weil sonst die Konferenz, an die das Ministerium zur Mehrheitsbildung angewiesen ist, ihre Geschäftigkeit verloren. Man erfährt "Aftenposten" aus großer Quelle, daß weder die Mitglieder des Ministeriums noch diejenigen Männer innerhalb des Kabinetts, die hinter dem Internationalisierungsbefreiung stehen, irgendeine Hoffnung haben, daß ihr Wunsch auf Internationalisierung Erfolg habe. Der Versuch ist gemacht worden, weiß man doch, die Nationalisten zustimmen zu lassen, versuchen möchte. Seine bemerkenswert ist, daß in der Programmrede des neuen Ministerpräsidenten kein Wort von der Internationalisierung gesagt wird.

Der Termin der Befreiung zwischen Millerand und Lloyd George

Frankfurt, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Berlin meldet man der "Frankfurter Zeitung": Herr Millerand wird sich, wie nunmehr festgestellt scheint, am 13. Mai zur Befreiung mit Lloyd George nach Folkestone begeben. Der englische Schatzkanzler Chamberlain und der französische Finanzminister François Mérat sollen an der Konferenz teilnehmen, die 2-3 Tage dauern wird. Die französische Presse gibt zu, daß die Verfassung der Konferenz

von Spa unvermeidlich sei, weil schon die Vorbereihungen der Entente nicht rechtzeitig vor dem 15. Mai zum Abschluß gelangen könnten.

Nitti begründet seine Politik in der Kammer

Rom, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf das Drängen der Sozialisten sprach Nitti in der Kammer auch von der in San Remo besagten Politik der Alliierten gegenüber Deutschland. Er verwohrt sich gegen den Vorwurf, vom englischen Ministerpräsidenten ins Schleppen genommen worden zu sein. Er hätte nur die bestehenden Richtlinien für den Weltfrieden im Verein mit Lloyd George verfolgt. Wenn auch die Hauptverantwortung Deutschlands am Kriegsausbruch unbefreit ist, so wäre stellen doch der Ansicht, daß die wirtschaftliche Wiederaufbauung Deutschlands ganz Europa einzutreten komme. Deutschland kann, nachdem auf einer mächtigen Kriegsmaschine in einem wichtigen Mittelpunkt der Friedensproduktion umgewandelt werden, Deutschland müßte nicht nur in den Stand gebracht werden, wieder zu erzeugen, sondern auch seine Verpflichtungen einzuhalten. Es wäre außerordentlich wichtig, zu untersuchen, in welchem Umfang die Verpflichtungen gehoben werden können. Zweifellos habe Deutschland das Recht, für die Entschädigungen eine Gesamtkommission vorzuschlagen, die dann von den Alliierten zu prüfen sei. Deutschlands Eintritt von der Unentbehrlichkeit des Friedensangebots und der schweren Artillerie könnte man nicht berücksichtigen, wohl aber sein Erjuden am Hofhofe. Die Konferenz von Spa werde hinsichtlich eines Einvernehmen der Entente in diesem Punkte von außerordentlicher Bedeutung sein.

Mailand, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach der im Montecitorio vorherrschenden Stimmung erscheint die Umbildung des Kabinetts immer unvermeidlicher. Das katholische Zentrum vertritt seine Opposition auf allen Gebieten, ohne dabei, wie die Sozialisten, nur zu kritisieren und sich auf eine vermiedene Politik zu beziehen. Nach dem "Corriere d'Italia" bekämpft die katholische Volkspartei, daß von den vielen durch das Kabinett Nitti angekündigten Reformen nur wenige verwirklicht worden seien.

Eine Beratung der Ernährungsminister

München, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am nächsten Sonnabend findet eine entscheidende Sitzung aller Ernährungsminister über die Getreide- und Kartoffelwirtschaft im nächsten Wirtschaftsjahr statt. Bayern wird unter keinen Umständen einer Freigabe von Getreide und Kartoffeln zustimmen.

Aus dem Volksrat für Thüringen

Von unserem Weimarer Mitarbeiter.

Weimar, 10. Mai.

Im dem am 8. d. M. wieder begonnenen Tagungsabschnitt des Volksrates für Thüringen befahlte man sich mit der ersten Lektion des Rosenthalischen Verfassungsentwurfs, über den wir bereits ausführlich berichtet haben. In der Aussprache gelegentlich der Lektion kamen nun die Anschwungen, mit welchen die einzelnen Fraktionen das Verfassungswerk gegenüberstellten, zum Ausdruck. In einem etwas weit ausgedehnten Exposé vermittelte der mehrheitssocialistische Abg. Leutert über Kulturrechten, indem er das vorliegende Volk als die eigentlichen Schöpfer aller kulturellen Werte feierte. Gleiwitz aber wurde die Hebung des Volkes vernachlässigt, und die Gedanken schauten hochmütig auf das Volk herab. Das muß nun anders werden; die kulturellen Güter müssen dem Volke erschlossen werden, freie Fahrt dem Lüttichen! usw. Auch das Werden des Staates Thüringen ist nach den Ausschreibungen dieses Genossen in erster Linie der Sozialdemokratie zu danken, denn wäre nach den Ereignissen der letzten Zeit die Sozialdemokratie nicht gewesen, so ständen wir heute fast an der Wlege, am Ende Thüringens. Die Rechte des Volkes sind in der Verfassung denn auch gebührend gewahrt worden, trotz mancher zu beanspruchender Einzelheiten ist der Entwurf für die Mehrheitssozialisten annehmbar. Zu wünschen wäre nur noch die Errichtung einer Arbeitskammer. Als einer ganz anderen Tonart sang der Unabhängige Bleibk: Der Verfassungsentwurf verdient die Besurung. Solange kapitalistische Kreise an der Regierung beteiligt sind, ist eine Demokratisierung des Staatswesens unmöglich und eine von einer solchen Regierung genehmigte Verfassung für die äußerste Linken unermöglich. "Unser Ideal ist die Herrschaft des Proletariats." Gleiwitz erklärt der unabkömmlinge Redner namens seiner Fraktion, um Verfassungswerke mitarbeiten zu wollen, um zu retten, was zu retten ist. Der Redner der beiden Rechtsparteien, Abg. Prof. Dr. Thummel, betrachtete das Verfassungswerk von großen Gesichtspunkten aus. Trotz der kleinen Schönheitsfehler, die dem Werk nach Ansicht der Rechten anhaften, ist es annehmbar; sie stellt sich ohne Zweck hinter die Verfassung und die Regierung, aber die Parteien des Hauses und des Landes mögen bedenken: "Die Größe der Anerkennung der Republik bei den Mitgliedern der Rechten sind sehr verschieden, man nehme Rücksicht auf diejenigen, die mit der monarchischen Auffassung von Jugend auf fest verwurzelt, nicht so schnell und leicht umlernen können oder sogar dem monarchischen Gedanken treu bleiben, ohne das Werk der Republik zu fördern." Gegenüber den Behauptungen des Abgeordneten Leutert betont Dr. Thummel energisch die Kulturräte der thüringischen Fürsten, welche oft in verschwenderischer Weise ihre reichen Privatmittel für Kunst und Wissenschaft zur Verfügung stellten, für Zwecke, die dem ganzen Volke zugute gekommen sind. Was dem neuen Staate Thüringen not ist, das ist eine aristokratische Regierung, d. h. eine Regierung der Besten, Fähigen, Tüchtigen, und von diesem Standpunkt aus hätte auch in der Verfassung die Wahl der Regierung festgelegt werden müssen. Eine Regierung nach feststehen, muß volle Arbeit leisten, muß auch gegen eine parlamentarische Regierung Befreiung lassen können, lediglich unter dem Gesichtspunkte des Rechts." Abg. Dr. Rosenthal begründete nochmals jingleich als Diskussionsredner der Demokratischen Partei den Entwurf, der damit das Ergebnis der ersten Lektion passiert hatte.

Die gestrige Sitzung des Volksrates eröffneten die Unab-

hängigen wieder mit einer Anfrage an die Staatsregierung, in dem sie wissen wollten, wie sich die letztere als Landesregierung gegenüber der vom Reichsregierungskommissar Holle in Gotha verfügen Auflösung des Landtagsausschusses verhält. Die Intendanten geben dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß in § 85 des Staatsgrundgesetzes ausdrücklich gefestigt ist: "Der Zusammenschluß besteht fort, auch wenn die Auflösung des betreffenden Landtages erfolgt." Der leitende Staatsminister Dr. Paulsen erwiderte, daß diese eine Frage einen Teil eines ganzen Fragenkomplexes bilden, der demnächst zur Lösung kommen werde; zwei nach Gotha entstandene Mitglieder der Staatsregierung seien schon mit Erbteilungen an Ort und Stelle beschäftigt. Im übrigen erklärte der Minister, daß die Regierung wohl von der Auflösung des Gothaer Landtages, aber nicht von der Auflösung des Ausschusses Kenntnis gehabt habe. Gelegentlich der am Dienstag stattfindenden Beantwortung der Interpellation der Gothaer Unabhängigten bezüglich der Berechtigung der Reichsregierung überhaupt soll auch die obige Anfrage mitbeantwortet werden. Des weiteren wird sofort in beiden Leistungen ohne Ausschlußberatung das Gelei bet. Fortdauernd der Erhöhung der laufenden Beamtenvergütungen zuzulagen auf das zweite Kalendervierteljahr angenommen. Auf Grund dieses Gesetzes werden die Einzelregierungen angewiesen, den Staatsbeamten und Lehrern, ausschließlich der Geistlichen, abschließend einen Vorschlag in Höhe der monatlichen Bezüge der Beamten, aber nicht mehr wie 800 M., auf die Ihnen nach der neuen Besoldungsordnung gegenüber Ihren bisherigen Bezügen (einheitlich Tiersatzungen) voransichtlich zustehenden Bezüge zu gewähren, und an männliche und weibliche Beamte sowie Hilfsarbeiter, soweit sie nicht nach neuen Tarifen entlohnt werden, gleichfalls einen angemessenen Vorschlag zu gewähren. Die Geistlichen sind auch hier wieder nicht berücksichtigt, jedoch werden wiederum Vorschläge an die Kirchen zur Ermöglichung der Anlage auf Antrag aus Staatsmitteln gewährt. Schließlich wurde noch das ebenfalls an dieser Stelle schon ausdrücklich erörterte Wahlgesetz für das Land Thüringen nach mehrstündigem Aussprache über den von dem Gesetzesgebundenschauspieler erheblich abweichen Entwurf einstimmig angenommen. Die Fraktionstredner der einzelnen Parteien gaben in der Generaldebatte ihre Zustimmung zu dem Entwurf ein blau, woran in die Einzelberatung eingetreten wurde. Nach 2 erhalten die außerhalb Thüringens Wohnenden das passende Wahlrecht nicht. Die Zahl 12 000 wurde als Quote für die erste Wahl beibehalten. Der Antrag der Rechten, schon bei 6000 Stimmen eine Wählergruppe oder Partei einen Sitzen zu überlassen, wurde abgelehnt. Es bleibt bei 2000, wie im Entwurf vorgesehen war. Um kleine Wählergruppen bei der Verrechnung von Reststimmen nicht zu benachteiligen, wurde ein Antrag angenommen, nach dem Reststimmen einer Partei oder Wählergruppe nur dann zugezählt werden, wenn sie wenigstens einen Sitzen bekommen hat. Nach diesem Beschluss würde eine Partei oder Wählergruppe, die in ganz Thüringen nur 11 900 Stimmen erzielt, keinen Sitzen erhalten; wenn sie dagegen 21 500 Stimmen erreicht, wird sie zwei Sitze erhalten, denn dann kommt die Vergleichung zur Geltung, wonach auf 2000 Reststimmen ein weiterer Sitzen entfällt. Die meisten Paragraphen des Gesetzesentwurfs wurden nahezu debattlos angenommen und auch bei den bestandenen wurde fast reibungslos eine Einigung erzielt, so daß der Entwurf innerhalb zweier Stunden geschlossen wurde. Am Mittwoch vormittag beginnt die Handelskammer des Verfassungsentwurfs, die bis Donnerstagmittag beendet sein soll. Zur Feier dieses Ereignisses wird am Donnerstag nachmittag im Nationaltheater eine Festvorstellung von Goethes "Faust" und anschließend ein parlementarischer Abend stattfinden.

Die tschechoslowakischen Wahlen und die Kabinettbildung

Am 18. und 25. April haben in der Tschechoslowakei mit Ausnahme des von Deutschland abgetrennten Habsburger Ländchens und der politisch-schlesischen Pribitzgebiete die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Senat stattgefunden. Beide Wahlen erfolgten nach einem Proportional-Listensystem unter Berücksichtigung der Stimmrechte, ähnlich wie dies für die Neuwahlen der deutschen Nationalversammlung vorgesehen ist. Die Wahlen zum Senat unterschieden sich von den Wahlen zum Abgeordnetenhaus nur durch die geringere Zahl der zu bezeichnenden Mandate und das auf 20 Jahre hinweggehende Mandatster der Wahlberechtigten. Eine rein schematische Zusammenstellung der Wahlergebnisse sieht zunächst folgendermaßen aus:

I. Abgeordnetenhaus (von 300 Mandaten besetzt 281):

1. Tschechische Parteien: Sozialdemokraten 74, Tschechische Sozialisten 24, Modrakgruppe (Sozialisten) 3, Agrarier 28, Klerikale 33, Nationaldemokraten 19, Gewerbepartei 6, Nationale Bauernpartei und Kleinbauern 13, zusammen 200.

2. Deutsche (und madjarische) Parteien: Deutsche (und madjarische) Sozialdemokraten 35 (4), Agrarier 12, Christlich-Soziale 16, Deutsche Wahlgemeinschaft 16 (davon 11 Deutschnationale, 5 Nationalsozialisten), Demokraten 2, zusammen 81. Insgesamt stehen im Abgeordnetenhaus 109, mit Einziehung der tschechischen Sozialisten und der Modrakgruppe 136 sozialistische Abgeordnete 145 Bürgerlichen gegenüber.

II. Senat (von 150 Mandaten besetzt 139):

1. Tschechische Parteien: Sozialdemokraten 41, Agrarier 14, Klerikale 18, Tschechische Sozialisten 10, Nationaldemokraten 10, Nationale Bauernpartei 6, zusammen 99.

2. Deutsche (und madjarische) Parteien: Sozialdemokraten 16, Deutsche Wahlgemeinschaft 8, Christlich-Soziale 4, Bund der Landwirte 6, Demokraten 3, Deutsch-madjarische Christlich-Soziale 2, Madjarische Bauern 1, zusammen 40.

Eine ausführliche Erörterung der Wahlergebnisse der einzelnen Parteien würde zu weit führen. Hervorgehoben sei nur die Niederlage der Nationaldemokraten, die in der ersten tschechischen Regierung unter Kramář almächtig waren und nun noch nicht 7 Prozent (im Senat 10 Prozent) der Mandate erreicht haben. Ferner der relative Misserfolg der slowakischen Autonomistenpartei (Nationalen Bauernpartei) unter Führung des Paares Skalka, die durch einen überwältigenden Wahlausfall der Sozialdemokratie in der Slowakei in den Hintergrund gedrängt wurde. Man merkt, daß gewählte Wahlmethoden aus der ungarischen Zeit zu diesem Wahlergebnis mit beigetragen haben.

Die Hauptbedeutung und damit das Grundproblem der tschechoslowakischen Wahlen steht in folgendem: Die über lange ausgedehnte Herrschaft der sozialistischen Parteien, nicht gewählt, ersten tschechischen Nationalversammlung ist vorbei. Die Wahlen korrigieren nicht nur das Stärkeverhältnis der tschechischen Parteien, sondern legen vor allem die bisher ausgeschlossenen Deutschen (und Madaren) zu, und des öfteren kann man von Ententeangehörigen, die in legendärer offizieller Mission in der Tschechoslowakei sich aufzuhalten. Ausdrücke des Erstaunens über diesen unvorderlegbaren Beweis für das Vorhandensein einer überprozentigen nationalen Minderheit. Das zahlreiche Ergebnis der Wahlen stellt nun die Prager Regierung vor die außerordentlich schwierige Aufgabe, sich in den neuengesetzgebenden Körperschaften eine Regierungsmehrheit zu bilden.

In der früheren Nationalversammlung regierte nach dem Sturz der Nationaldemokraten im Sommer 1919 eine Koalition der Sozialdemokraten, tschechischen Sozialisten und Agrarier. Ministerpräsident war der dem rechten Flügel der Sozialdemokratie angehörende Tušar. Tušar ist auch noch der mit der Schließung der alten Nationalversammlung erfolgten Demission des Kabinetts vom Präsidenten Masaryk mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden.

Nun verfügt der alte Regierungsbloc im Abgeordnetenhaus nur über 128 Sitze. Eine Mehrheit ist also nur zu bilden durch Zusammensetzung weiterer tschechischer oder -deutscher Parteien. Beides ist außerordentlich schwierig. Der linke Flügel der tschechischen Nationalversammlung ist vorbei. Die Wahlen korrigieren nicht nur das Stärkeverhältnis der tschechischen Parteien, sondern legen vor allem die bisher ausgeschlossenen Deutschen (und Madaren) zu, und des öfteren kann man von Ententeangehörigen, die in legendärer offizieller Mission in der Tschechoslowakei sich aufzuhalten. Ausdrücke des Erstaunens über diesen unvorderlegbaren Beweis für das Vorhandensein einer überprozentigen nationalen Minderheit. Das zahlreiche Ergebnis der Wahlen stellt nun die Prager Regierung vor die außerordentlich schwierige Aufgabe, sich in den neuengesetzgebenden Körperschaften eine Regierungsmehrheit zu bilden.

Nach den leichten Nachrichten verbündet Tušar mit den Führern der tschechischen Parteien, um ein rein tschechisches Kabinett zu bilden. Dies Experiment, das vielleicht augenblicklich die einzige mögliche Lösung vorstellt, ist nicht unangebrücklich. Dauerhaft dürfte eine solche Mehrheit nicht sein, und die Fortsetzung der Deutschen nach einer Revision der Gesetzegebung der ersten Nationalversammlung dürfte an Schwäche gewinnen, wenn die Deutschen im neuen Parlament von der Regierung wiederum ausgeschlossen sind. Da gleichzeitig eine gewisse wirtschaftliche Spannung im Lande herrscht - Knappheit an Molk und Betriebs-, Versteuerung von Brok, Kohlen und Rohstoffen -, sind für die nächsten Monate in der Tschechoslowakei starke wirtschaftliche und innerpolitische Reibungen zu erwarten. Sollte die Regierung in Prag versuchen, unter diesen schwierigen Verhältnissen gegen

Handels-Zeitung

Die Reichsbank Ende April

61,72 Milliarden Mark Papiergebundes.

Der vorliegende Ausweis der Reichsbank vom 30. April zeigt eine außerordentlich starke Zunahme der Anlagekonten. Ihren Grund hatte diese Inanspruchnahme im wesentlichen darin, daß einerseits das Reich wieder recht erhebliche Kredite bei der Bank entnahm und andererseits große Beträge im freien Verkehr untergebrachter Reichsschatzauweisungen nicht verlängert oder zum Rediskont eingereicht wurden. Die gesamte Kapitalanlage stieg um 4.677,5 auf 42.462,8 Mill. Mark, die bankmäßige Deckung für sich allein genommen um 4.614,5 auf 41.974,2 Mill. Mark. Die Gegenwerte der von der Reichsbank neu gewährten Kredite sind der Bank zum größten Teil auf den Konten der fremden Gelder verblieben, so daß sich deren Bestände um 3.426,4 auf 16.498,9 Mill. Mark erhöhten.

Die Nachfrage nach Zahlungsmitteln war in der letzten Aprilwoche wieder ungemein stark. Diese ungünstige Gestaltung dürfte, abgesehen von den üblichen größeren Ansprüchen des Monatschlusses, namentlich auch mit der weiteren Steigerung des Preis- und Lohnniveaus während der neuesten Zeit zusammenhängen. An papieren Zahlungsmitteln (Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheinen) wurden insgesamt 1.966,5 Mill. Mark neu beansprucht, während in der entsprechenden Zeit der Vorjahr an diesen Geldzwecken folgende Beiträge aus den Kassen der Bank abflossen: 1919: 913,1 Mill. Mark; 1918: 4.823 Mill. Mark und 1917: 350,1 Mill. Mark. Im einzelnen stieg der Notenumlauf diesesmal um 1.711,6 auf 47.889,6 Mill. Mark und der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 254,9 auf 13.775 Mill. Mark. Die Bestände an Gold, Scheidemunzen und Reichskassenscheinen zeigen nur unwe sentliche Veränderungen.

Der Darlebensbestand bei den Darlehnskassen erhöhte sich nicht unerheblich, nämlich um 905,6 auf 29.049,5 Mill. Mark. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen wurde der Reichsbank übergeben, die ihrerseits, wie oben erwähnt, 254,9 Mill. Mark an solchen Zahlungsmitteln in den Verkehr leiten mußte. Die eignen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen wuchsen um 651 auf 15.153,8 Mill. Mark.

* Anmeldung von Auslandsforderungen. Wie die Handelskammer Leipzig mitteilte, stehen jetzt die vorschriftsmäßigen Anmeldevordrucke auf denen die nach Artikel 296 und 72 des Friedensvertrages dem zwischenstaatlichen Schuldendausgleichsverfahren unterliegenden Geldforderungen anzumelden sind, bei dem Reichsausgleichsamt, Zweigstelle Leipzig, Röppelstr. (Meißn), bzw. bei der Handelskammer, Tröndlinring 2, II. Aufgang B, neben Merkblättern zur Verfügung. Bei der Handelskammer sind außerdem zur weiteren Unterrichtung über die Erfordernisse der Anmeldung Abdrücke der Bekanntmachung über das Ausgleichsverfahren vom 30. April d. J. erhältlich und können während der Geschäftsstunden, vormittags von 9–12 Uhr, entnommen werden. Mit Rücksicht darauf, daß die Anmeldefrist bereits am 1. Juni d. J. abläuft (nicht wie von anderer Seite gemeldet, am 1. Juli), wird allen Firmen und Privatpersonen, die Geldforderungen aus der Vorkriegszeit gegenüber England, Frankreich, Belgien, Italien, Griechenland und Siam haben, dringend empfohlen, schleunigst sich die nötigen Anmeldevordrucke bei den bezeichneten Stellen zu beschaffen und bei dem Reichsausgleichsamt, Zweigstelle Leipzig, Röppelstr. (Meißn), ausgefügt einzureichen.

* Die Einrichtung einer eigenen Börsenstelle in Berlin beschloß der Kommandaturoerverband für die Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt, um namentlich auf den Markt der Stadtanleihen ausgleichend wirken zu können. Es sei nötig, dem Markt der festverzinslichen Papiere künftig eine bessere Beobachtung zu widmen, als das durch die Großbanken geschehe. Ferner beschloß der Verband, eine mit 5 Proz. verzinsbare und mit 1 Proz. bischbare Anleihe von 100 Mill. Mark aufzunehmen.

*

* Leipziger Spitzefabrik Barth & Co., Akt.-Ges., in Plagwitz. Die Verwaltung der Gesellschaft hat im Hinblick auf die Ausdehnung, welche das Unternehmen durch die Angliederung der Deutschen Spitzefabrik erfahren, und auf die dadurch bedingten bedeutenden Anforderungen an die Betriebsmittel bei Bezug der Rohmaterialien usw. beschlossen, einer für den 3. Juni d. J. einzuberufenen außerordentlichen Generalversammlung eine weitere

Erhöhung des Aktienkapitals um 1 auf 3 Mill. Mark

im Vorschlag zu bringen. In Aussicht genommen ist ein Ausgabekurs von 120 Proz.; die jungen Aktien sollen ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigt sein.

*

ug Vom Stahlwerksverband. Die auf morgen angesetzte Versammlung der Mitglieder des Stahlwerksverbandes ist, wie wir hören, auf einige Tage verschoben worden.

* Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. Als Käufer für die 25 Mill. Mark junger Aktien, die an ein amerikanisches Konsortium gehen sollen, werden jetzt genannt die Bankhäuser Cuhn, Löeb & Co. sowie Guggenheim & Co in New York.

* Die luxemburgische Beteiligung bei Feltex & Guilleaume. Als luxemburgisches Werk, das mit Feltex & Guilleaume Interessen gemeinschaft abzuschließen beabsichtigt, kommt der Konzern Burbach-Eich-Düdingen in Betracht. Die Lieferung von Haltmaterial an das Mülheimer Werk soll durch die Abteilung Rote Erde des Burbachkonzerns erfolgen.

* Adlerwerke verm. Heinrich Kleyer, Akt.-Ges., in Frankfurt a. M. laut Geschäftsbericht erzielte das Unternehmen einen Wertgewinn von 8,80 (10,13) Mill. Mark, der um den Vortrag von 2,23 (1,73) Mill. Mark auf 11,03 (11,60) Mill. Mark steigt. Demgegenüber erforderten Handlungskosten 4,41 (2,21), Abschreibungen 2,73 (3,60) und Dekredore 0,02 (0,03) Mill. Mark, so daß 3,87 (5,93) Mill. Mark Reingewinn verblieben, aus dem bekanntlich auf das gesamte Aktienkapital 10 Proz. (I. V. 15 und 7,5 Proz. auf die jungen Aktien) verteilt werden.

Die im vorjährigen Geschäftsbericht erwähnten Betriebsverluste sind planmäßig weiter durchgeführt worden, basierend auf Antrag der entgegengestellten Hörner noch nicht ganz zum Abschluß gebracht werden können. Den laufenden Geschäftsbericht wird hierfür noch ein Betrag von etwa 600.000 M. zur Last fallen, während 435.700 M. bereits bezahlt sind. Der große Nachfrage, wie sie den über das laufende Geschäftsjahr in Gestalt eines Warenzugs re. geltend macht, und die sich momentan abzeichnenden Wiederholungen und Anknüpfungen trübt die zuletzt nicht schwere Aussichten im Wirtschaftsfeld ziemlich. Es ist intellektuell nicht möglich, dem laufenden Jahr ein auch nur eingerahmtes sicheres Prospekt zu stellen.

In der Bilanz erscheinen Waren mit 29,72 (39,84), Debitor mit 24,24 (29,42), Effekten mit 5,70 (13,29) und Kreditoren mit 26,57 (19,65) Mill. Mark.

Devisenmarkt.

Berlin, 10. Mai

Am gestrigen Tag waren die Devisenmärkte in Europa und Amerika wieder sehr ruhig. In London und Paris war die Nachfrage nach den wichtigsten Währungen gering. Die Devisenmärkte in Amerika waren ebenfalls ruhig, während die Devisenmärkte in Europa und Amerika wieder sehr ruhig. Die Devisenmärkte in Amerika waren ebenfalls ruhig, während die Devisenmärkte in Europa und Amerika wieder sehr ruhig.

* London, 8. Mai. Privatdiskont 6%, Silber 61%, Wechsel auf Deutschland 200, Amsterdam 10,51, Paris kurz 50,55, Brüssel 56,75.

Leipziger Tageblatt

Kurse der Berliner Börse am 10. Mai

	heute	vorgest.		heute	vorgest.		heute	vorgest.
5 Dasha-Schäferei	100,-	100,-	41 Hme. Staatsh.-07-14	93,75	94,-	41 Dsg. Staatsch.-13	49,50	—
5 H. de. ss.	98,80	95,80	3 Hme. Anleihe	63,75	63,80	41 Dsg. Staatsch.-14	49,50	—
41 g-VdO-Schäferei	82,10	82,15	3 Sächs. Staatsrente	60,75	—	4 Dsg. Staatsrente	59,50	60,75
41 g-VdO-Schäferei	75,80	75,20	4 Dsg. am Dienst.-A.	24,90	24,90	3 Dsg. Ing. Stdt.-7,75	71,50	74,-
5 Städt. Reichssch.	90,80	90,70	4 Dsg. am Dienst.-A.	24,90	24,90	4 Dsg. Kronerente	32,70	32,50
5 Dsche. Reichssch.	75,75	75,75	3 Dsche. Rentenrente	24,90	24,90	3 Dsche. Rentenrente	32,70	32,50
4 do. de.	75,75	75,75	3 do. Rentenrente	24,90	24,90	4 do. Rentenrente	32,70	32,50
3% do. de.	68,75	68,75	3 do. Rentenrente	24,90	24,90	3 do. Rentenrente	32,70	32,50
3% do. de.	73,60	73,90	3 do. Rentenrente	24,90	24,90	3 do. Rentenrente	32,70	32,50
5 Preuß. Schatz 1920	41%	41%	3 do. Rentenrente	24,90	24,90	2.000.000 T. Pr.	—	—
do. de. 1922	88,50	90,90	4 Dsg. Papierrente	24,90	24,90	do. do. do. do.	—	—
4 Preuß. Consol.	75,75	75,75	4 Dsg. Papierrente	24,90	24,90	2.000.000 T. Pr.	—	—
3% do. de.	63,60	63,60	4 Dsg. Papierrente	24,90	24,90	do. do. do. do.	—	—
3% do. de.	59,10	59,90	4 Dsg. Papierrente	24,90	24,90	do. do. do. do.	—	—
5 Bad. Anleihe	88,50	—	4 Dsg. Papierrente	24,90	24,90	do. do. do. do.	—	—
5 Bad. Anleihe	88,70	88,90	4 Dsg. Papierrente	24,90	24,90	do. do. do. do.	—	—
			4 Dsg. Papierrente	24,90	24,90	do. do. do. do.	—	—

(Rente/Vorjahr)

(Rente/Vorjahr)